Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 3. März 1926 — Nummer 52

Heraus zur Entscheidung!

Werktätige! Zeichnet euch ein!

Morgen liegen die Listen zum Eintragen für das Volksbegehren zum ersten Male auf. Der Kampf beginnt. Alle Kräfte müssen jetzt 14 Tage mobil sein, um den Fürsten ihren Raubzug auf die Taschen der Arbeitenden zuschanden zu machen. Gleich der erste Tag muß ein gewaltiger Schlag gegen die Reaktion und Monarchie werden. Der erste Hieb ist der beste. An dem gewaltigen Aufmarsch der Massen zum ersten Tage muß die Reaktion sehen, daß die Zeit ihrer Frechheiten vorbei ist. Mit allen Mitteln hat die Reaktion versucht, den Volksentscheid zu sabotieren. Die monarchistischen Organisationen entfalten eine Gegenpropaganda. Die Landbünde gaben Anweisung an die Gemeindevorsteher, die gesetzlichen Maßnahmen, die Auslegung der Listen, zu sabotieren. Eine Anzahl großer Orte legt die Listen nur an einer Stelle aus, um die Eintragung zu erschweren. Durch Rundfunk forderte die Reichsregierung auf, dem Volksbegehren fernzubleiben. Erst in den letzten Tagen ging die Regierung Heldt dazu über, durch eine Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß sie gegen die Fürstenenteignung sei. Die gesamte Reaktion, von den rechten sozialdemokratischen Führern bis zu den Deutschnationalen, hat sich zusammengefunden, um den Fürsten 3 Milliarden auszuliefern. In Wunsch weigert sich der Bürgermeister, die Listen auszulegen.

Der sofort gewaltig einsetzende Aufmarsch der ausgebeuteten und ausgeraubten Arbeiter und Mittelständler wird die Sabotage brechen. Denkt an die Zeit des Weltkrieges, denkt an die Inflation, wo man die Arbeiter zum Hungern zwang, den kleinen Sparern ihre paar Pfennige raubte, den Fürsten aber Millionen Goldwerte auslieferte. Gestern erst hat die reaktionäre Mehrheit des Reichstags die Mieterhöhung beschlossen. Ununterbrochen werden neue Lasten auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten geladen. Jedoch nicht allein zur Rettung der Fürstenvermögen führt die Reaktion den Kampf. Mit einer Niederlage der Werktätigen beim Volksentscheid soll die Verfassungsänderung, die Diktatur der Reaktion vorbereitet werden. Die Klassenjustiz soll weiter ihre Schandurteile fällen, Verbrecher, wie der Untersuchungsrichter Jürgens, weiter Urteile sprechen. Die Monarchisten wollen ihre Staatsstreichpläne zum Durchbruch bringen.

Ein gewaltiger Aufmarsch zum Volksbegehren muß die Sabotage brechen. Jetzt gilt es, abzurechnen mit den Ausbeutern, den Terroristen, den Inflationsräubern.

Heraus zur Entscheidung
gegen die Fürsten, gegen die Reaktion,
gegen die Koalitionspolitik der Fürstenfreunde!

Kein Mann darf fehlen!

Achtung Ortsgruppen! Organisiert die Werbung und die Schlepperdienste! Meldet sofort telephonisch über den Verlauf des ersten Tages an die „Arbeiterstimme". Telephon: Nr. 17259 Dresden.

Der Mietwucher beschlossen

Der Reichstag hat gestern den Ausschußantrag, der die Erhebung der vollen Friedensmiete vom 1. Juli 1926 an vorsieht, angenommen. Der kommunistisch-sozialdemokratische Antrag, den Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete vom 1. April 1926 auf den 1. April 1927 zu verschieben, wurde gegen die Stimmen der KPD. und SPD. abgelehnt.

Genosse Höllein rechnete in scharfer Weise mit den Phrasen der Luthersregierung ab, die eine „sozialgerechte Verteilung der Lasten" versprochen hatte. Die auf Geheiß des Schwerkapitals durchzuführende Mietenerhöhung ist zwar um ein Vierteljahr hinausgeschoben worden, weil die Regierung die Erbitterung der Massen fürchtet. Aber auch vom 1. Juli erlaubt das Elend von Millionen die Erhebung der Friedensmiete nicht. Die Folge dieses Entschlusses wird sein eine weitere erhebliche Senkung des Reallohnes mit seinen unheilvollen Folgen auf die allgemeine Kaufkraft und seine Rückwirkungen auf die Produktion, durch die eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt wird.

Die Ausrede der Landesregierung, daß ihr Wohnungsbauprogramm scheitere, wenn keine erhöhten Einnahmen durch die Mietzinssteuer zu verzeichnen seien, ist geradezu lächerlich, da der weitaus größte Teil dieser Steuer nicht für Wohnungsbau, sondern zur Erleichterung der Steuerlasten für die Besitzenden verwendet wird.

Uebrigens hat der preußische Minister Hirtsiefer in einer Zentrumsversammlung im Ruhrgebiet selbst zugegeben, daß das preußische Wohnungsbauprogramm von 100 000 Wohnungen im Jahre 1926 nur Bluff ist und höchstens 40—50 000 Wohnungen gebaut werden. Die unhaltbaren Verhältnisse im Wohnungswesen können nur durch Durchführung des kommunistischen Wohnungsbauprogramms beseitigt werden, für das im Reichstag allerdings keine Mehrheit zu finden ist.

Luthers Rede in Hamburg

Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Gestern hielt im Hamburger Rathaus der Reichskanzler Luther eine Rede, in der er fordert, daß die Besetzung des Völkerbundsrates erst vorgenommen würde, nachdem Deutschland bereits Mitglied des Rates geworden wäre. Luther hält sich mit dieser Forderung genau auf der Linie des englischen Imperialismus. Aus London wird berichtet, daß die englische Regierung beabsichtigt, in Genf als Kompromißformel vorzuschlagen, daß ein Unterausschuß zur Prüfung aller Ansprüche auf Ratssitze gebildet würde. Durch diesen Vorschlag wird die ganze Frage aufs neue verschleppt.

Der verbrecherische Untersuchungsrichter

Berlin, 3. März. Die „Rote Fahne" meldet heute: Der Verbrecher Jürgens hatte vor ungefähr 2 Wochen bereits alle Vorbereitungen für einen geplanten Einbruch in seiner Berliner Wohnung getroffen. Er ließ aus seiner Wohnung in der Alvenslebener Straße 3 große Koffer mit Silbersachen abholen, von denen er 2 in der Pfandleihanstalt in der Schützenstraße 72 deponierte und den dritten in der Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank, Friedrichstraße, aufbewahrt hatte. Zweifellos hat Jürgens diese Silbersachen unter falschem Namen deponiert. Jürgens wollte vermutlich, nachdem er wieder einmal bei sich selbst eingebrochen hatte, behaupten, daß ihm die Kommunisten die 3 Koffer mit Silber gestohlen hätten. Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, wieder einen großen Kommunistenprozeß aufzuziehen und in der Presse eine Pogromhetze gegen die Kommunistische Partei zu entfalten und außerdem die Versicherungsgesellschaften um erhebliche Summen zu prellen. Dieser Plan ist jetzt gestört worden. Wir sind in der Lage, diese Angaben durch Zeugenaussagen zu beweisen.

Die Leipziger Arbeiter „begrüßen" den „Retter"

Leipzig, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Retter Hindenburg kam gestern nach Leipzig zur Messe. Eine Demonstration, die sich nach einer Erwerbslosenversammlung gebildet hatte, wurde im Auftrag des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten auseinandergesprengt. Die Demonstranten zogen sich auf dem Augustusplatz wieder zusammen und wollten von dort nach dem Schloßplatz, wo die Bürger zum Empfang Hindenburgs Spalier gebildet hatten, marschieren. Beim Vorbeifahren Hindenburgs haben sich die geballten Fäuste der Erwerbslosen. „Nieder mit Hindenburg!" erschell es aus Tausenden von Kehlen. „Zu Tode erschrocken, kreideweiß ob dieser „Begrüßung", fuhr der „Retter" zum Reichsgericht. Den Empfang einer Erwerbslosendelegation lehnte er ab.

Volksentscheid gegen Parlamentskorruption

Die Bedeutung des Volksbegehrens für die Politik in Sachsen

Von Paul Böttcher

Der Kampf für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Potentaten ist bereits heute zu einer Massenbewegung gegen die Reaktion geworden. Die Sabotage des Volksbegehrens durch die monarchistische Bureaukratie hat vielen die Augen darüber geöffnet, daß die Volksentscheidbewegung mehr ist als lediglich ein Kampf um die materielle Enteignung der fürstlichen Raffkes. Das Gesetz jeder Massenbewegung tritt in Wirksamkeit: die Bewegung wächst über ihren Ausgangspunkt hinaus, steigert sich in ihrem weiteren Verlaufe und stellt sich selbst neue Ziele. Von der Führung und der Kraft der Bewegung hängt es dann ab, in welchem Umfange der Gegner geschlagen wird. Der Bewegung Ziel und Kraft zu geben, ist Aufgabe der Kommunistischen Partei.

In Sachsen mit seiner fast rein proletarischen Bevölkerung ist die Bewegung für den Volksentscheid binnen kürzester mächtig in die Breite gewachsen. Alle Schichten, die nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben, sind in diese Bewegung hineingerissen worden. Auch auf dem Lande hat die Bewegung starke Erfolge aufzuweisen. Die Kleinbauern, die besonders stark unter der gegenwärtigen Krise zu leiden haben, sind in offenen Gegensatz zu den Landbundführern getreten. **Die sächsische Arbeiterschaft muß sich zur Aufgabe stellen, von allen Bezirken in Deutschland die höchste Einzeichnungszahl zu erreichen.** Der Bourgeoisie muß gezeigt werden, daß die Arbeiterklasse mit der Hindenburg-Politik der Heldt-Regierung nicht das allergeringste zu tun hat. Das Volksbegehren muß den Nachweis liefern, daß im roten Sachsen sich die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie im Vormarsch befindet. **Der Volksentscheid muß in Sachsen zu einem Volksentscheid gegen den reaktionären Landtag und gegen die Heldt-Regierung werden.** Das ist die Antwort, die die Arbeiter auf die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer zu geben haben!

Die Offensive der Reaktion wurde in Sachsen unmittelbar von der Heldt-Regierung geführt. Die treibende Kraft hinter den Maßnahmen der Regierung war von Anfang an der Verband Sächsischer Industrieller. Die Koalitionsregierung mit ihrer sozialdemokratischen Mehrheit hat die Geschäfte des sächsischen Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft rücksichtslos durchgeführt. Wenn bei den verflossenen Hindenburgwahlen in Sachsen der Kandidat der Monarchisten, der kaiserliche Generalfeldmarschall Hindenburg, 1 333 565 Stimmen erhielt, so ist das das ausschließliche Verdienst der konterrevolutionären Heldt-Regierung. Bis zu den Gemeinderatswahlen am 13. Januar 1924 war die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit bei allen parlamentarischen Wahlen ungebrochen. Erst die Reichswehr-Exekutive Sollmanns und Seeckts breitete über Sachsen die Herrschaft des weißen Terrors aus. Die Gemeinderatswahlen fanden inmitten dieses beispiellosen Terrors statt. Die Reichs- und Landespolitik der Sozialdemokratie sicherte damals den bürgerlichen Parteien in der Minderheit blieben. Seit der Reichs- während Kommunisten und Sozialdemokraten mit 48,5 Prozent der Stimmen zum erstenmal gegenüber den bürgerlichen Parteien in der Minderheit blieben. Seit der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 bewegt sich die Kurve der Arbeiterstimmen wieder in aufsteigender Linie. Wenn es im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl am 26. April 1925 dem monarchistischen Kandidaten gelang, über 700 000 Stimmen mehr zu erhalten, als der „republikanische" Kandidat Marx und der Kandidat der Arbeiterschaft, Thälmann, zusammen, so lag das in erster Linie an dem Eintreten der SPD.-Führer für den reaktionären Zentrumsmann Marx. Die sozialdemokratischen Arbeiter machten kein Hehl daraus, daß sie einem Zentrumspfaffen ihre Stimme nicht geben können. Die Kommunisten waren allein zu schwach, um die durch die Politik der SPD. herbeigeführten Verluste wettzumachen.

Seit der Reichspräsidentenwahl befindet sich jedoch die Arbeiterklasse in einem ununterbrochenen Vormarsch. **Bei einer ernsten energischen Arbeit muß es möglich sein, in Sachsen zum Volksentscheid 2 Millionen Stimmen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aufzubringen.** Die Zahl der Wahlberechtigten betrug am 26. April 1925 in Sachsen 3 261 725. Es leuchtet also ohne weiteres ein, daß 2 Millionen Stimmen für die Fürstenenteignung in Sachsen keine übertriebene Forderung darstellen, zumal wenn man berücksichtigt, daß beim Volksentscheid starker Zuzug aus kleinbürgerlichen Bevölkerungskreisen zu erwarten ist. Also aus Kreisen, die bei Parlamentswahlen

[Rand der Nachbarseite, angeschnitten:]
erstimme" Nr. 51

ha 3:1; Grenzia- … Kleinzschocher- … 3; Freie Turner- … Hellesen 0:1; SVS.—

… woch den 3. März … geordneter Artur … nasiums um 7 Uhr … eis zeigen.

… Streifen. Die am … wegen des Ver- … Gymnasium 7 Uhr … fohlen. Mitglieds-

… Anwesend Genossen … 1. Eingänge, 2. Ab- … vom 17. Februar; … Satzungen sind ein- … Burgk und Cos- … für das Kassenwesen … Kasse Ziehung wird … die Kasse nach dem … den 7. März wird … technischen Aus- … munister Städte-Et- … ten „Volkszeitung" … gane als amtliche … bestimmt.

[illegible]alender

… Uhr im Gasthof … Potschappel, wich- … Referent: Gen. … tions-, Zellengrup- … Genossen auf diese … en und für guten … Ortsgruppen haben

… Gruppenabend im … nten aller Genossen

… n 3. März, abends … sitzung. Betriebs- … ortvertreter pünkt- … des Arbeitsplanes

… nbund Groß- … Mitgliederversamm-

… teilung geschlossen

… März, abends 7.30 … B. Mittwoch den … chtige Mitglieder-

… findet Mittwoch … nn, Simonstraße 6,

… den 3. März, … bildervortrag mit … em Anschluß daran … denker und Feuer-

…tage!

…utzen … 2.65
… mit bunter … schwere Qual. 3.45

…hemden
…al, … m. 2 Kragen 5.90
… 6.65
…-Einsatz 5.45

…lüpfer
…lüpfer … 2.95
…ide … 3.45
…mwolle, …ben … 95 ₰

…nhalter … 1.45

…cke
…raße 9

…terricht, Kurse und Privatstunden jederzeit. … Dresden, … Telephon …

…ohlen … Ztr. 110 Pf. … Ztr. 100 Pf. … Albertbrücke … A. 10, Telephon 28033

…pistin
…it gesucht. Nur … ßige, gewandte … den sich unter An- … rüche bis zum … Stadtrate melden. … Radeberg

SLUB
Wir führen Wissen.